

Katastrophale Zollkontingente für Schweizer Stahl

Am Tag vor der Umsetzung der neuen EU-Schutzzölle auf Stahl gibt die EU bekannt, die Importquoten für Freihandelspartner zu erhöhen. Neben der Schweiz erhalten somit elf andere Staaten eine Vorzugsbehandlung im Stahlhandel mit der EU. Damit geht die EU einen wichtigen Schritt auf die Partnerländer zu, aber ignoriert weiterhin die Realität, dass die Schweiz im Zentrum in Europa ganz anders in den europäischen Markt eingebunden ist. Für die Schweizer Produzenten wie auch für zahlreiche KMU in vor- und nachgelagerten Prozessen ist die heute veröffentlichte Durchführungsverordnung zu den morgen startenden neuen Stahlschutzmassnahmen weiterhin ein EU-Exportverbot und ein massiver Eingriff.

Dank der Bemühungen des Bundesrates wie auch des Seco erhält die Schweiz, wie auch andere Länder mit Freihandelsabkommen, einen privilegierten Marktzugang zum EU-Stahlmarkt. Darüber hinaus erhalten Schweizer Produzenten ein länderspezifisches Länderkontingent für einzelne Produktkategorien.

Auf den ersten Blick mag diese Regelung zu einem Aufatmen führen. Für den Schweizer Standort, mit dem gravierenden Nachteil der deutlich höheren Energiepreise, sind die neuen Regeln jedoch fatal. Die Länderkontingente sind weiterhin so einschneidend, dass sie die industrielle Basis in der metallischen Wertschöpfungsketten massiv gefährden. Die Erfahrungen mit den bestehenden Schutzmassnahmen haben gezeigt, dass Schweizer Produzenten keinen Zugriff auf global verteilte Kontingente haben. Grossproduzenten warten mit Schiffsladungen in den Häfen der EU zur Freigabe der Kontingente, während die Schweizer Produzenten «just-in-time» und «on demand» liefern. Eine Überproduktion, die die EU mit den Kontingenten verhindern will, findet in Schweizer Recyclingwerken nicht statt. Zollfreilager existieren für Schweizer Produkte nicht.

Die Stahlschutzmassnahmen werden nicht nur über eine Preiserhöhung die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrie gefährden. Auch die engen Kunden- bzw. Lieferantenbeziehungen zwischen europäischen und Schweizer Unternehmen werden durch die EU ohne Not aufgebrochen. Leider ist es in den Verhandlungen nicht gelungen, die enge Verflechtung der Schweiz mit dem europäischen Stahlmarkt zu verdeutlichen. Die zentrale Lage der Schweiz in Europa führt zu einer tiefen Integration. Die Schweiz ist Nettoimporteur Europäischer Stahlprodukte und heute ein wichtiger Teil des Europäischen Stahllogistiknetzes. Die Rheinhäfen, das Schweizer Autobahnnetz oder die NEAT sind das Rückgrat der europäischen Stahllogistik in der EU.

Angesichts der heute von der EU kommunizierten Verschlechterung der Handelsbeziehungen im Stahlmarkt muss diese Logistikfunktion infrage gestellt werden. Analog zur Verteuerung des touristischen Transits fordert metal.suisse, dass der subventionierte Transit von Stahlprodukten durch die Schweiz nicht zur Zerstörung der Basisindustrie und zum Abbau der Arbeitsplätze in diesem Sektor durch die EU führen darf. Schiene, wie auch Nationalstrassen kommen aktuell zudem an ihre Kapazitätsgrenzen. Die Finanzierung erfolgt zum Hauptteil durch den Schweizer Steuerzahler, der nun indirekt die Kosten des politisch durch die EU induzierten Strukturwandels tragen muss. Die LSVA muss für Stahl im Transit auf einen vergleichbaren Tarif wie in der EU, z.B. den Mont Blanc Tarif angehoben werden. Die Schweiz hat zudem als einziges Land ihre Aufgaben in der NEAT erfüllt und die damit zusammenhängenden Kosten getragen. Diese

Infrastruktur sollte nicht auch noch dazu genutzt werden können, Schweizer Arbeitsplätze in die EU zu verlagern. Der Transitverkehr sollte entsprechend unterbunden werden.

Auch innenpolitisch sind die Belastungen für die Produzenten nach wie vor ungelöst. Die hohen Energiekosten und die Netzzuschläge bleiben weiterhin das grösste Hindernis für einen wettbewerbsfähigen Produktionsstandort. Es fehlt weiterhin ein nachhaltiges Konzept zur Entlastung energieintensiver Industrien. Noch immer zahlen Schweizer Produzenten aufgrund von Abgaben und Zuschlägen einen ca. doppelt so hohen Strompreis wie in der EU. Die Korrektur bei der Belastung von Netzzuschlägen und –zugangskosten ist ebenso überfällig wie eine vollständige Liberalisierung des Strommarktes. Die Entschädigung der Recyclingdienstleistungen könnten dringend benötigte Entlastungen bringen und würde Marktungleichgewichte wie auch eine ungerechtfertigte Industriepolitik im Energiebereich korrigieren.

Die Aufgaben nach diesen schlechten Nachrichten sind klar: wir haben wirtschaftspolitisch einige Arbeiten vor uns hergeschoben, die nun schnell umzusetzen sind. Zudem muss der EU deutlich gemacht werden, dass das letzte Wort noch nicht gesprochen sein kann. Sollte dies der Schweiz nicht gelingen, droht mit der Ausweitung des CBAM oder den Regeln des Industrial Accelerator Acts weiteres Ungemach. Die enge Partnerschaft mit der EU muss von beiden Seiten wieder bewusst gelebt werden. Nur gemeinsam werden die Ziele einer nachhaltigen, wettbewerbsfähigen und krisenresistenten Industrie in Europa erreicht.

Der Dachverband metal.suisse fördert die Stahl-, Metall- und Fassadenbauweise in der Schweiz und setzt sich für den Materialkreislauf der metallischen Werkstoffe ein. Der Verband ist überzeugt, mit seiner Bauweise und seinen Materialien einen zentralen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele der Schweiz beitragen zu können. So sind Recyclingmaterialien heute Standard und der Verband fördert Konzepte der Weiter- und Wiederverwendung von Gebäuden und Bauteilen und unterstützt deren Umsetzung.

Medienkontakt metal.suisse

Andreas Steffes
Hendrik Rowedder
Viaduktstrasse 8
4051 Basel
info@metalsuisse.ch

+41 61 228 90 32 / +41 76 426 34 01
+41 61 202 94 35